

1. Mai 2012 in Baden: Mehr Schutz, Lohn, Rente.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP & Gewerkschaftssekretär Unia

Nach der Energiewende die soziale Wende!

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Liebe Gäste am 1. Mai Fest in Baden

Am heutigen Tag der Arbeit stehen weltweit tausende von Menschen zusammen. Sie alle einigt ein gemeinsames Ziel:

- Der Kampf für soziale Gerechtigkeit.
- Der Kampf für faire Löhne.
- Der Kampf für anständige Renten.
- Der Kampf für Chancengleichheit.
- Und der Kampf, für eine lebenswerte Umwelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Zukunftsgerichtete Politik ist sozial und ökologisch!

Von der Energiewende ...

Das letzte Jahr in der Schweiz war das Jahr der Energiewende. Nachdem es am 11. März 2011, also rund 25 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, auf dem Boden einer Hightech-Nation erneut zu einem GAU kam, reagierte die Politik.

Am 25. Mai 2011 verkündete der Bundesrat seine Absicht zum schrittweisen Atomausstieg. Dieser politische Schritt, **weg vom Atomstromzeitalter und hin zu mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien**, wurde noch im Jahr 2011 durch die eidgenössischen Räte bestätigt. Das ist richtig so. Denn, unabhängig davon, was jeweils in Tschernobyl oder Fukushima zur negativen Kettenreaktion führte: Dass von der Atomlobby immer wieder kleingeredetete „Restrisiko“ hat innert Kürze zweimal zum Leid von Mensch und Umwelt zugeschlagen. Es ist daher ein Akt der Vernunft, die Energiezukunft neu zu gestalten. Es braucht die Energiewende.

Diese Neuausrichtung der Energiepolitik bringt auch Chancen. Arbeitsplatzchancen. In der Energiewende schlummert ein grosses Potenzial neuer Arbeitsplätze. Auch für den Denk- und Werkplatz Schweiz. Davon profitieren können grosse Industriefirmen wie die ABB im Aargau genauso, wie kleinere und innovative Firmen à la Sputnik Engineering in Biel, besser bekannt unter ihrer Wechselrichter Produktreihe Solar-Max. Dazu kommen weitere kleinere und grössere Zulieferbetriebe der Solar-, Wind, Wasserkraft- und Biogasindustrie sowie beschäftigungswirksame Aufträge für lokale und regionale Gewerbetreibende im Bereich der Gebäudeisolation oder bei der Hausinstallation erneuerbarer Energien. Eine Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) bestätigt, das Schweizer Unternehmen im Cleantechbereich grosse Entwicklungspotenziale haben. Auch die Aargauer Regierung scheint endlich etwas zu erwachen und will die nächsten Jahre vermehrt in eine Cleantech- und Hightech Strategie im Aargau investieren.

Schauen wir also nach vorne. Erneuerbare Energien, neue Technologien und Energieeffizienz bringen neue Zukunftsperspektiven. Ökologische und ökonomische Nutzen wir diese Chance.

Zur sozialen Wende ...

Genauso wie es die Energiewende braucht, braucht es eine soziale Wende. Die letzten Jahre ist zuviel falsch gelaufen. Der irrige Glaube an die Selbstregulierung einer schrankenlosen Marktwirtschaft sowie das Gebaren nimmersatter Abzocker und skrupelloser Finanzjongleure, haben zu Wirtschaftskrisen geführt, für die nun die breite Masse den Kopf hinhalten soll.

Stellenverlust, Lohnabbau, Rentenkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen: Für all das sollen wir Verständnis haben, während sich gleichzeitig Einzelne mit unverschämter Selbstverständlichkeit weiter auf Kosten der Allgemeinheit die Taschen füllen.

Ich nenne als Beispiel die Lohnverhandlungen in den Betrieben. Gegenüber den Beschäftigten und Gewerkschaften wird undifferenziert gejammert und gegeizt. Auch in Betrieben, denen es gar nicht so schlecht oder sogar ganz gut geht. Gleichzeitig streichen auch Manager von Schweizer Betrieben weiterhin überrissene Saläre ein. Sie predigen Wasser und trinken Wein. So liess sich Severin Schwan, Chef bei der Chemiefirma Roche, 2011 mit 12,3 Millionen entlönnen, während sich Ernst Tanner, Chef bei der Firma Lindt & Sprüngli, seinen Arbeitsplatz mit 9,5 Millionen versüssen liess. 9,5 Millionen: Das ist gleichviel, wie alle 7 Bundesräte zusammen in drei Jahren verdienen. Auch ABB-Chef Joe Hogan muss sicher nicht am Hungertuch nagen. Zog er doch für sich alleine im vergangenen Jahr satte 9,3 Millionen aus der Firma. Im Jahr zuvor waren es noch 8 Millionen gewesen.

Ich frage mich: Wie kann man überhaupt als Einzelperson 8, 10, 12 oder noch mehr Millionen pro Jahr mit gutem Gewissen „verdienen“? Kann der erarbeitete Mehrwert eines einzelnen Menschen überhaupt so viel Wert sein? Ist es gerecht, wenn im gleichen Land die Einen Millionensaläre einheimsen während Andere nicht wissen, wie mit ihren Einkommen durchs Leben zu kommen?

Den Vogel abgeschossen zum Thema Tieflöhne hat der Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Herr Valentin Vogel. So begründete Herr Vogel kürzlich laut dem „Tagesanzeiger“ sein Nein zu anständigen Mindestlöhnen in der Schweiz wie folgt, Zitat: „Nicht jeder Lohn kann für eine Familie existenzsichernd sein“. Und: Es gebe ja schliesslich noch die Sozialhilfe für die Existenzsicherung. Bravo Herr Vogel, auf Ihre Vision des Brutalo-Kapitalismus haben wir gerade noch gewartet.

Der gleiche Arbeitgeberverband will auch den Umwandlungssatz in der zweiten Säule weiter senken und das Rentenalter auf 67 erhöhen. Die Fakten, dass das Volk, 2010 mit 73% Nein zu einer weiteren Senkung des BVG-Umwandlungssatzes gesagt hat und das es in der realen Wirtschaft von heute gar keine Jobs für ein generelles Rentenalter 67 gäbe, scheinen diese Herren vom Arbeitgeberverband nicht weiter zu kümmern.

Diese Beispiele zeigen, wohin die Reise gewisser Akteure gehen soll. Millionensaläre und Steuergeschenke für die Einen, Hungerlöhne, Rentenabbau und Sozialhilfe für die Anderen.

Da machen wir nicht mit! Es braucht eine soziale Wende.

Es braucht politische und gesellschaftliche Schritte hin zu einer nachhaltigeren Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik für alle statt für wenige.

Wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder stärken. Engagieren wir uns für eine Schweiz, in der die zunehmende Ungleichheit gestoppt wird und die für gute Bildung für alle und für soziale Stabilität sorgt. Eine Schweiz, in der alle am Wachstum teilhaben können – auch zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft.

Zur sozialen Wende gehören faire Mindestlöhne und der Schutz vor Lohndumping. Dazu haben wir Gewerkschaften unterstützt durch soziale Parteien am 23. Januar 2012 die Mindestlohninitiative eingereicht. Sie verlangt einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. Das entspricht rund 4000 Franken im Monat für eine Vollzeitstelle. Zudem kämpfen die Gewerkschaften konsequent und mit Erfolg für die Verbesserung der Gesamtarbeitsverträge und der flankierenden Massnahmen. Unser Ziel ist klar: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Unabhängig von Geschlecht oder Nationalität.

Zur sozialen Wende gehören anständige Renten. Die Altersvorsorge muss nicht ab- sondern umgebaut werden. Die AHV ist gesund und muss weiter gestärkt werden. Statt einer generellen Erhöhung des AHV-Alters braucht es eine für alle bezahlbare, flexible Lösung, die einen Ruhestand in Würde ermöglicht. Und: Entgegen der bürgerlichen Propaganda schreibt die AHV schwarze Zahlen.

Seit 2003 verbucht die AHV jährlich Überschüsse zwischen 1,5 bis 3,9 Milliarden Franken. Mit einer Ausnahme: 2008 resultierte als Folge der Finanzkrise ein Jahresminus von 2,2 Milliarden. Dafür erzielte die AHV dann im Folgejahr 2009 mit einem Plus von 3.9 Milliarden den grössten Überschuss ihrer Geschichte. Und diese gute Zahlen ergaben sich, obwohl in der gleichen Zeit die Zahl der einzelnen Rentenleistungen – also der Haupt- und Zusatzrenten - von 1`825`496 auf 2`205`218 gestiegen ist.

Die AHV-Finanzen haben sich somit positiver entwickelt als uns die Angstmacher und die negativen Prognosen der letzten zwanzig Jahre vorausgesagt haben. Oft sind es die gleichen politischen Exponenten, die zum Einen die AHV schlecht reden und deren Leistungen Abbauen wollen, zum Anderen dann aber mehrere Milliarden für neue Kampfflieger ausgeben wollen, die unser Land nicht braucht. Gegen eine solche Politik müssen wir uns wehren.

Zur sozialen Wende gehören auch Massnahmen zur besseren Eingliederung oder Wiedereingliederung von jugendlichen und älteren Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Genau das will die kantonale Volksinitiative «Arbeit und Weiterbildung für alle» des Aargauischen Gewerkschaftsbundes. Ich rufe dazu auf, die Initiative zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Gäste

Nach der Energiewende braucht es die soziale Wende. Arbeiten wir gemeinsam an einer solidarischen und ökologischen Zukunft. Für mehr Schutz, Lohn und Rente.

Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP & Gewerkschaftssekretär Unia